

Simon Meisch | Uli Jäger
Thomas Nielebock [Hrsg.]

Erziehung zur Friedensliebe

Annäherungen an ein Ziel aus der
Landesverfassung Baden-Württemberg



Nomos

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Zukunftskonzepts der Universität Tübingen
(Deutsche Forschungsgemeinschaft, ZUK 63).

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4396-4 (Print)

ISBN 978-3-8452-8658-7 (ePDF)

1. Auflage 2018

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte,
auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der
Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Inhalt

Einleitung: Erziehung zur Friedensliebe <i>Simon Meisch</i>	11
Der Friedensbegriff in deutschen Landesverfassungen <i>Jessica Caus</i>	31
<i>I. Normative Grundlage</i>	
Friedensliebe: Philosophische Beobachtungen <i>Otfried Höffe</i>	39
Friedenslogik: Grundlagen für eine Erziehung zum Frieden <i>Hanne-Margret Birckenbach</i>	55
Die Erziehung zur Friedensliebe: Das Friedensgebot der Landesverfassung Baden Württemberg <i>Eberhard Stilz</i>	77
<i>II. Von der Kriegsliebe zur Friedensliebe</i>	
Der industrialisierte Krieg: keine Niederlage – kein Sieg <i>Ulrich Herrmann</i>	97
Krieg und Frieden: Militarisierung – Kriegsbegeisterung – Friedensbewegungen vor dem Ersten Weltkrieg im Wilhelminischen Deutschland <i>Ulrich Herrmann</i>	113

Inhalt

„Make Peace not Love!“ – Krieg und Frieden im Spiegel der
Literatur 129

Jürgen Wertheimer

Wie ist die Friedensidee in der Pädagogik ein Erziehungsziel
geworden? 149

Karin Amos

Friedenspolitische Lernprozesse in Deutschland nach 1945 167

Wolfram Wette

III. Zur Umsetzung der Friedensliebe im Bildungssystem

Friedensliebe als Ziel der Lehramtsausbildung: Ethische und
didaktische Perspektiven 187

Uta Müller

Erziehung zur Friedensliebe – Ansätze oder umgesetztes Ziel?
Bestandsaufnahme und Perspektiven der gymnasialen
Bildungspläne 2016 des Landes Baden-Württemberg 207

Larissa Berner & Fabian Fleischer

Verständigung organisieren. Der Beitrag der Sozialen Arbeit zum
sozialen Frieden 265

Rainer Treptow

Bildung als Reparaturwerkstatt der Gesellschaft? – Die zu
unterscheidenden Facetten von Bildung im Kontext einer
Nachhaltigen Entwicklung 289

Christine Künzli David & Franziska Bertschy

Förderung der Friedensliebe in unfriedlichen Strukturen?
Denkanstöße für eine umfassende friedenspädagogische
Orientierung im Bildungssystem 305

Norbert Frieters-Reermann

IV. Möglichkeiten und Notwendigkeiten

Friedensbildung 2020: Grundzüge für eine zeitgemäße „Erziehung zur Friedensliebe“ an Schulen	325
<i>Uli Jäger</i>	
Autorinnen und Autoren	345

Friedenslogik: Grundlagen für eine Erziehung zum Frieden

Hanne-Margret Birckenbach

1. Einleitung

Wer am Sonntag den 23. Oktober 2016 die Tagesschau sah, wurde mit zwei Aussagen konfrontiert, die auf das Spannungsverhältnis verweisen, in der die Praxis der Friedensbildung sich gegenwärtig bewegen muss. Auf der einen Seite mahnt die Schriftstellerin Carolin Emcke, die an diesem Tag mit dem Friedenspreis des Deutschen Buchhandels ausgezeichnet worden war: „Es braucht jeden Einzelnen. Jeder hat die Möglichkeit, Mitmenschlichkeit zu stärken und diese Gesellschaft zu verteidigen“. Denn jeder Einzelne könne die Muster, nach denen ganze Gruppen diskriminiert werden, aufbrechen. In der gleichen Sendung erklärt die Leiterin der Politikberatungsagentur European Council on Foreign Policy, Almut Möller, in Berlin, es gehe um deutsche Interessen, um eine veränderte Erwartungshaltung an Deutschland und um Macht. „Angela Merkel hat Macht. Und Wladimir Putin riecht das, und er braucht das auch, weil er Russland an den Tisch bringen will mit den ganz Großen. In Europa ist das momentan Deutschland.“ Und weiter... „Wir sind natürlich als Deutsche pazifistisch erzogen. Das ist auch richtig so nach dem Zweiten Weltkrieg.“ Aber, so Möller, die Welt habe sich verändert. „Und wir müssen uns die wirklich schwierige Frage stellen, was heißt das, müssen wir nicht stärker auch auf militärische Instrumente setzen. Und ich denke, dass das der Fall ist.“ Frau Möller rechnet mit schwierigen Debatten. Deshalb müsse man dringend die Menschen in Deutschland rechtzeitig einbinden.

Mitmenschlichkeit stärken – auf militärische Instrumente setzen – Pazifismus als Ballast – um solche Aussagen kreist ein verwirrender öffentlicher Diskurs zur Zukunft Deutschlands. Er ignoriert die normativen Vorgaben des Grundgesetzes (GG). Frieden ist die Schlüsselkategorie für das politische System Deutschlands. Mit einer genialen Formulierung verpflichten sich die Bürger in der Präambel des GG dazu, in einem gemeinsamen Europa dem Frieden in der Welt zu dienen. Und Artikel 1 verpflichtet den Staat, die Würde des Menschen, nicht nur die seiner Bürger, zu achten und zu schützen. Dementsprechend setzt das GG auch der Si-

cherheits- und Handelspolitik und sogar der öffentlichen Rede und dem Konfliktaustrag zwischen Parteien und Tarifpartnern Schranken. Gleichwohl lässt das GG weitgehend offen, wie seine Normen umzusetzen sind. Vor allem sagt es nicht, was den Kern einer zeitgemäßen Vorstellung von Frieden ausmacht, die sowohl dem Erfahrungshintergrund der Deutschen, als auch dem der Menschen in anderen Weltregionen entspricht.

Den Begriff Frieden inhaltlich zu füllen, bleibt daher eine Aufgabe, die sich immer neu stellt, weil sich in einer Welt, die sich kontinuierlich verändert, auch die konkreten Anforderungen an Friedenshandeln verändern. Die Landes- und Schulverfassungen machen dazu einige Angebote. Da ist die Rede von Friedensliebe, von Gerechtigkeit, Bewahrung der Schöpfung, von Völkerverständigung, von Verständnis und Respekt für die Eigenart und das Existenzrecht anderer Völker, ethnischer Minderheiten und Zuwanderer, von der Notwendigkeit, für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen und für kulturelle und religiöse Vielfalt einzutreten. Diese Stichworte spiegeln Diskurse ihrer Zeit. Keine Schulverfassung kann Vollständigkeit leisten. Neue Aspekte kommen hinzu. Ich erinnere hier exemplarisch an die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung, die von der Generalversammlung der Vereinten Nationen (VN) am 18. September 2015 unter dem Titel „Transformation unserer Welt“ beschlossen wurde. In ihrer Präambel heißt es:

Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Sie will außerdem den universellen Frieden in größerer Freiheit festigen. Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden.

Die Vielfalt von Friedensaufgaben immer neu zu erfassen, bleibt erstens eine *empirische Aufgabe*. Das Spektrum erweitert sich ständig und zwar je mehr Menschen miteinander in Kontakt kommen, sich begegnen, miteinander in Konflikt geraten und lernen müssen, unterschiedliche Interessen auszugleichen. Die Erweiterung von Friedensaufgaben ist ein bisher wenig durchdachter Effekt von Globalisierungsprozessen. Konkret stellt sich heute zum Beispiel die bisher noch selten gestellte Frage, welche Vorstellungen von Frieden die geflüchteten Kinder aus Syrien, aus Afghanistan, aus dem Irak oder aus Eritrea in den Unterricht an deutschen Schulen einbringen werden. Vermutlich werden sich die Anforderungen an Friedensbildung durch die Welterfahrung dieser Kinder und ihrer Familien erweitern.

Seine Mehrdeutigkeit und Vielschichtigkeit machen den Begriff Frieden zweitens komplex und konfliktreich. Denn mein Frieden ist nicht unbedingt dein Friede, und unser Frieden ist nicht unbedingt der aller anderen. Je besser es gelingt, mit der Vielfalt konstruktiv umzugehen, umso eher lassen sich Ideologie und Belanglosigkeit vermeiden. Darin besteht der Sinn *friedenstheoretischer* Arbeit. Sie muss den Friedensbegriff so formulieren, dass er für vielfältige, gegenwärtige und auch zukünftige Anliegen geöffnet bleibt und gleichzeitig für einzelne Problem- und Aktionsfelder konkretisiert werden kann.

Schon deshalb, weil wir niemals alle empirisch vorhandenen Friedensvorstellungen und die damit verbundenen Grundbedürfnisse und legitimen Interessen kennen können, und weil diese sich auch verändern, bleibt die empirische und theoretische Arbeit am Begriff Frieden eine „Daueraufgabe“ in Wissenschaft, Politik und pädagogischer Praxis und damit ein unverzichtbarer Teil von Friedensbildung.

Neben dieser empirischen und theoretischen Aufgabe steht eine dritte, heikle Aufgabe. Frieden ist ein gegenüber der gesellschaftlichen und politischen Realität und ihren Machtverhältnissen *kritischer* Begriff. Während des Ost-West-Konfliktes geriet man zumindest in Westdeutschland bei seiner Verwendung leicht in den Verdacht, von der „anderen Seite“ zu sein. Heute riskiert man, für ein wenig altbacken gehalten zu werden und die Herausforderungen der neuen Zeit noch nicht richtig verstanden zu haben. Friedensbildung steht folglich mitten in den politischen Kontroversen der Gegenwart. Sie gerät damit leicht unter den Druck, eine Aufgabe aus den Augen zu verlieren. Sie besteht in der Anforderung, Alt und Jung einen neuen horizontweiternden Blick auf die Welt zu ermöglichen.

Ich erläutere diese Aufgabe der Horizontweiterung an einem Beispiel, das ihnen allen bekannt ist. Nach babylonischem Weltbild und der Schöpfungsgeschichte im Alten Testament (AT) ist die Erde eine flache Scheibe mit einem Himmelgewölbe darüber. Dieses Weltbild reicht aus, um zu beschreiben, was passiert, wenn ich morgens aus dem Haus gehe und der Regen von oben kommt, ich von Kopf bis Fuß nass werde und sich vor mir eine Pfütze bildet. Wenn ich aber erklären will, warum ich in Hamburg, wenn ein Schiff von der Nordsee in die Elbe fährt, zuerst den Jungen im Mast und nicht den viel wichtigeren Kapitän sehe, dann will das mit dem Bild der Scheibe einfach nicht gelingen. Erfolg habe ich jedoch, wenn ich die Erklärung im Weltbild des Aristoteles (384-322 v. Chr.) versuche. Nein, sagt er, die Erde kann keine Scheibe, sie muss eine Kugel sein.

Sehr lange glaubte man, dass diese Erdkugel im Zentrum der Welt stehe. Und dieses Weltbild reicht noch heute vollkommen aus, um sich der Schönheit eines Sonnenuntergangs zu erfreuen. Das gelingt uns auch, obwohl wir wissen, dass wir einer Täuschung unterliegen. Denn Nikolaus Kopernikus (1473-1543) erkannte, dass nicht die Erde, sondern die Sonne im Zentrum steht. Und Giordano Bruno (1548–1600) ging noch weiter, als er feststellte: Es gibt überhaupt kein Zentrum, der Weltraum ist unendlich. Er starb dafür auf dem Scheiterhaufen. Das neue Bild vom All stellte die gesellschaftspolitische Ordnung in Frage. Galileo Galilei (1564-1641), der zugleich ein gläubiger Mensch und ein Astronom war, erklärte die Diskrepanz zwischen den Worten der Bibel und seinen Forschungen folgendermaßen: Es sei die Absicht des Heiligen Geistes, uns zu lehren, wie man in den Himmel kommt, nicht, wie sich der Himmel bewegt. Sein astronomisches Interesse galt der Frage, wie sich der Himmel bewegt. Das Weltbild der Schöpfungsgeschichte war schlicht ungeeignet, um darauf eine Antwort zu finden.

Ich lasse an dieser Stelle außer Acht, wie schwindelerregend sich die Himmelforschung bis heute weiterentwickelt hat, nachdem der Wechsel zum kopernikanischen Paradigma möglich wurde. Das Beispiel macht deutlich, dass es bei einem Paradigmenwechsel immer auch um die Möglichkeit geht, veränderte Interessen zeitgemäß zur Geltung zu bringen. Das gilt auch für das im Titel der Vorlesung genannte Paradigma Friedenslogik. Es ist von dem Interesse geleitet, eine zeitgemäße Vorstellung von Frieden zu erarbeiten. Dabei geht es nicht um Logik im mathematischen Sinn. Vielmehr geht es um Zusammenhänge zwischen der Wahrnehmung von Problemen, den damit verbundenen Interessen und dem daraus folgenden Handeln, die beachtet werden müssen, wenn im Atomzeitalter und unter den Bedingungen der Globalisierung von Lebensverhältnissen das Interesse an Frieden zum Dreh- und Angelpunkt politischen Handelns werden soll.

Denn unter diesen veränderten Bedingungen stellen sich Friedensfragen anders als im 17. Jahrhundert, als man erwartete, der Staat werde nach innen das Leben der Untertanen vornehmlich mit der Polizei befrieden, äußere Angriffe vornehmlich militärisch abwehren, auf diese Weise die eigenen Untertanen vor inneren und äußeren Feinden schützen und ihren Frieden sichern. Nach den zerstörerischen Erfahrungen während der beiden Weltkriege, insbesondere auch nach den Atomwaffenabwürfen in Hiroshima und Nagasaki, wuchs die Befürchtung, es werde wahrscheinlich zu einer verheerenden Entwicklung kommen, wenn nicht neu durchdacht

werde, wie unter diesen neuen Bedingungen einer möglich gewordenen Selbstzerstörung der Menschheit Frieden möglich ist. Deshalb entstand in Politik und Wissenschaft das Interesse zu erkennen, wie man in der Gegenwart Frieden verstehen muss, um Auswege aus der Gewalt erkennen und gehen zu können. Man konnte dabei an viele Schriften und Diskurse anknüpfen, zum Beispiel an die mittelalterliche Lehre vom Gerechten Krieg oder die Schrift „Zum Ewigen Frieden“ von Kant. Ein wegweisender Brief von Freud an Einstein und einige andere Schriften aus den Friedensbewegungen wurden wiederentdeckt. Gleichwohl reichten die dort aufgezeigten Wege ganz offensichtlich nicht mehr aus, um die Bedingungen von Frieden in der veränderten Welt zu erfassen. Vor diesem Hintergrund entstand die Friedens- und Konfliktforschung. Und nach etwa 60 Jahren systematischer Forschungsarbeit in vergleichsweise engem Kontakt zu diversen Praxisfeldern, kann man über Zusammenhänge und Bedingungen von Frieden in der Gegenwart doch einiges wissen. Man hat dann noch kein Rezeptbuch für Friedenshandeln, aber doch einen Orientierungsrahmen, den man nutzen kann wie einen Sextanten.

Diesen Rahmen will ich hier skizzieren. Es geht um drei gut erforschte Prämissen und um fünf Handlungsprinzipien.

2. Friedenslogische Prämissen

Si vis pacem, para pacem – wenn Du Frieden willst, bereite nicht Krieg, sondern Frieden vor – so haben Dieter und Eva Senghaas (Senghaas 1992) die Essenz aus vielen Jahren systematischer Friedens- und Konfliktforschung zusammengefasst. Drei Erkenntnisse haben sich als wesentlich herausgestellt und sind zu Prämissen der Diskussion um die Bedingungen von Frieden geworden.

Eine erste Erkenntnis betrifft die *Unterscheidung der Begriffe Frieden und Sicherheit*. Seit dem Ende des Ost-West-Konflikts ließ sich die Tendenz beobachten, diese Unterscheidung aufzugeben und den Begriff Sicherheit an die Stelle des Begriffs Frieden zu setzen. Es kam zu einer Versicherheitlichung der Politikfelder. Wichtige weltpolitische Anliegen wie Entwicklung, Ernährung, Menschenrecht, Ökologie und Klimawandel wurden als sicherheitspolitische Anliegen diskutiert. Seit etwa 2011 lässt sich gerade im Dialog zwischen zivilgesellschaftlichen, parlamentarischen und ministeriellen Akteuren ein Reflexionsprozess beobachten, in dem die unterschiedlichen politischen Implikationen der Begriffe Frieden und Si-

icherheit bewusst werden (Plattform 2014). Es handelt sich keinesfalls um ein Wortspiel. Dass der Begriff Frieden nicht durch den Begriff Sicherheit ersetzt werden kann, weil man zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen kommt, wenn man ein Themenfeld vom Ziel Frieden oder vom Ziel Sicherheit her denkt, erschließt sich unmittelbar, wenn man Begriffspaare wie Friedensgebet – Sicherheitsgebet, Friedensdienst – Sicherheitsdienst, Friedensbildung – Sicherheitserziehung untersucht und sich dazu jeweils eine körperliche Bewegung überlegt. Durch sie wird offensichtlich, welche Folgen es hat, wenn das Präfix Frieden durch Sicherheit ersetzt wird. Es gibt keinen Grund anzunehmen, dass diese Unterschiede nicht auch relevant werden, wenn von Sicherheitspolitik oder von Friedenspolitik die Rede ist.

Der Begriff Sicherheit bezieht sich auf einen Zustand, den Menschen, Gruppen und Staaten anstreben und in dem sie hoffen, sich wohl zu fühlen: „Wir bringen uns in Sicherheit vor jemandem oder vor etwas.“ Der Frieden dagegen bezeichnet Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Staaten. Wir schließen Frieden mit jemandem. Friedensarbeit ist also immer auch Beziehungsarbeit. Sie richtet sich gegen die Option der Gewalt und setzt auf Kooperation. Ohne Zweifel haben Menschen, die in Frieden leben wollen, ein legitimes Interesse an Sicherheit. Daher versuchen sie, die Beziehungen zu ihrer Umwelt so zu gestalten, dass ihre vermeintlichen Gegner zu Partnern werden und dass in und durch diese Beziehungen Sicherheit möglich wird.

Frieden und Konflikt

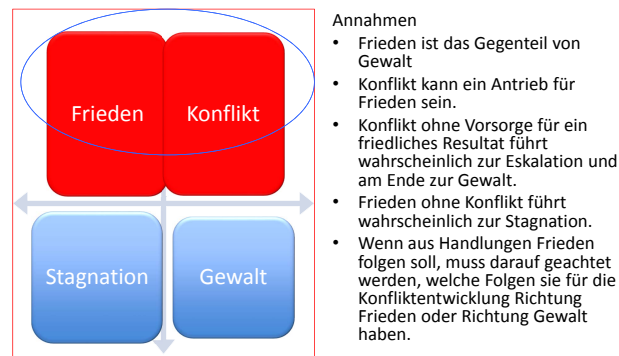


Abbildung 1: Frieden und Konflikt

Eine zweite Prämisse bezieht sich auf *Zusammenhänge zwischen Frieden und Konflikt*. In Gesellschaften, die sich kontinuierlich verändern, erst recht in einer Weltgesellschaft, sind Konfliktsituationen eher die Regel als die Ausnahme. Das gilt für die Familien, die Beziehungen zwischen Männern und Frauen, innerhalb einer Gemeinde, auch im Beruf und zwischen Alteingesessenen und Zugewanderten. Und es gilt auch für die Weltpolitik. Folglich ergibt es keinen Sinn, Frieden allein als eine harmonische Beziehung zu definieren, obwohl vermutlich die meisten von uns immer geneigt bleiben dies zu tun. Vielmehr ist für dynamische Gesellschaften ein Konzept erforderlich, das gerade im Fall von Disharmonie funktioniert. Das ist der Grund, dass meist auch von Friedens- und Konfliktforschung gesprochen wird, also Frieden und Konflikt in einem Atemzug genannt werden. Fünf gut erforschte Annahmen kennzeichnen die Zusammenhänge zwischen Frieden und Konflikt.

1. Frieden ist das Gegenteil von Gewalt, und Krieg ist (nur) eine Form von Gewalt.
2. Konflikt ist keinesfalls ein Übel in sich selbst. Er kann sogar ein Antrieb zum Frieden sein, sofern die Beteiligten in der Lage sind, mit dem Konflikt konstruktiv umzugehen.
3. Konflikt ohne Vorsorge für ein friedliches Resultat führt wahrscheinlich zur Eskalation mit dem Risiko von Gewaltanwendung.
4. Frieden ohne Konfliktaustrag führt wahrscheinlich zur Stagnation – und diese führt mit hoher Wahrscheinlichkeit ebenfalls zur Gewalt in Form von Unterdrückung und Gegenwehr.
5. Wenn Handlungen Frieden zur Folge haben sollen, ist darauf zu achten, welche Folgen sie für die Konfliktentwicklung in Richtung Frieden oder Gewalt haben, ob sie also einen konstruktiven Austrag fördern oder erschweren.

Diese Erkenntnisse über Zusammenhänge zwischen Frieden und Konflikt hat in den 1970er und 1980er Jahren die Bestrebungen, Friedensbildung in den Lehrplänen zu verankern, tief erschüttert. Die Gegner erwarteten, wenn man Konflikterziehung zulasse, werde eine weitere Rebellion der Jugend die Bundesrepublik Deutschland in Abgründe stürzen. Heute wird in Deutschland kaum noch jemand bestreiten, dass Friedens- und Konflikterziehung Hand in Hand gehen müssen.

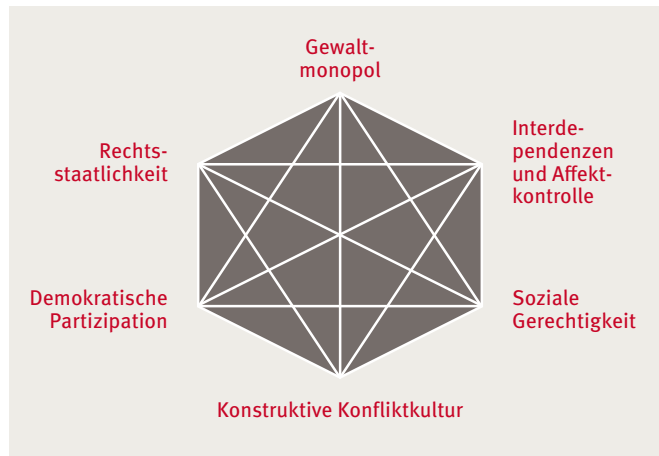


Abbildung 2: Das zivilisatorische Hexagon

Eine dritte gut erforschte Erkenntnis bezieht sich auf *gesellschaftspolitische Bedingungen, die Frieden ermöglichen*. Dieter Senghaas hat sie in dem sog. „zivilisatorischen Hexagon“ zusammengefasst und visualisiert (vgl. Senghaas 1995). Es zeigt sechs Eckpunkte und ihre Verbindungslinien. Ich nenne diese Bedingungen nur kurz, ohne den Hintergrund zu erläutern.

- Die Zurückdrängung direkter Gewalt
- Die Geltung des Rechts, dem auch staatliche Gewalt untergeordnet ist
- Interdependenz, also wechselseitige Abhängigkeit und Affektkontrolle
- Partizipation der Gesellschaft an Entscheidungen
- Eine begründete Hoffnung auf soziale Gerechtigkeit
- Konstruktive Konfliktkultur

Wichtig sind die Verbindungen. Wo Bürger entwaffnet sind, aber staatliche Gewalt nicht an Recht gebunden ist, folgt Willkür, aber kein Frieden. Wenn die Arbeitszusammenhänge ständig Disziplinierung verlangen und die Arbeiter keine Gelegenheit haben, ihre Interessen zur Geltung zu bringen – bekommen sie ein mörderisches Arbeitsleben. Wenn Menschen keine begründete Hoffnung auf sozialen Ausgleich haben, werden sie sich nicht an die Regeln des Zusammenlebens halten. Und Unfrieden ist ebenfalls die Folge, wenn das Recht auf Partizipation nicht mit Wegen gekoppelt ist, Konflikte konstruktiv auszutragen. Wahlen werden dann zur Farce.

Vor dem Hintergrund dieser drei Prämissen lässt sich zusammenfassen:
Wenn man heute Frieden stiften und zum Frieden erziehen will, geht es

1. um Beziehungen zwischen Menschen, Gruppen und Staaten,
2. um Formen für einen Konfliktaustrag ohne Gewalt,
3. um gesellschaftspolitische Vorkehrungen, die einen Konfliktaustrag ohne Gewalt ermöglichen.

3. Friedenslogik als Methode und ihre Handlungsprinzipien

Um herauszufinden, wie sich die Beziehungen, die Formen des Konfliktaustrags und die Institutionen in konkreten Handlungsfeldern im Interesse von Friedensstiftung verändern müssen, gliedert man das große Thema der Friedensstiftung in fünf Dimensionen und fragt: Was ist das Problem? Wie ist es entstanden, was sind geeignete Mittel, es zu bearbeiten, welche ethischen Maßstäbe gelten und was ist im Fall eines Misserfolges zu tun?

Wie geht Friedenslogik?	
1. Problem?	Gewalt / Grundbedürfnisse Vorbeugung
2. Entstehung?	Zwischen: Konflikttransformation
3. Mittel?	Mit: Dialogverträglich
4. Ethik?	Globale Normen: Interessenentwicklung
5. Misserfolg?	Fehlerfreundlich: Reflexivität

Abbildung 3: Wie geht Friedenslogik?

3.1. Was ist das Problem? Das Prinzip der Gewaltprävention

Frieden ist der Gegenbegriff zu Gewalt in ihren verschiedenen, meist einander bestärkenden Formen. Das Problem ist also Gewalt, der Menschen in Form von Krieg, Unterdrückung, Ungerechtigkeit oder Diskriminierung

ausgesetzt sind und die sie in der Realisierung ihrer grundlegenden Lebensbedürfnisse hindert. Friedensstiftung beginnt daher immer mit einem Blick auf die Menschen, die unter Gewalt leiden und hat diejenigen im Blick, die unter Gewalt leiden werden, wenn dem nicht vorgebeugt wird. Daher gilt das Prinzip der Gewaltprävention. Um es einlösen zu können, sind Informationen darüber, wer und wo unter welcher Gewalt leidet sowie Urteilskraft und eine Widerständigkeit gegen die Neigung notwendig, sich selbst als Opfer zu sehen, wo andere die Leidtragenden sind.

Zum Beispiel leidet eine Gesellschaft von 80 Millionen Menschen mit dem viertgrößten Bruttoinlandsprodukt der Welt nicht wirklich, wenn sie eine Million Geflüchtete aufnehmen soll. Die Menschen, die sich zur Flucht gedrängt sehen, die auf der Flucht an unüberwindbare Grenzen stoßen und die selbst dann noch auf Abwehr stoßen, wenn sie ankommen, sind es, die unter Gewalt leiden. Ein Blick auf sie lässt erkennen: Geflüchtete sind Eltern, Busfahrer, Lehrerinnen, Kinder, Studentinnen, Bauarbeiter. Sie selbst sehen sich nicht als Gefahr, sondern sie sind in Gefahr und suchen Sicherheit vor Gefahr. Sie bedrohen nicht die aufnehmende Gesellschaft, sondern sie wenden sich verzweifelt und hoffnungsvoll an diese Gesellschaft. Meistens kommen sie aus Kriegsgebieten. Es sind Menschen, die weder töten noch sich töten lassen wollen. Sie haben sich entschieden, sich Lebensverhältnissen zu entziehen, die sie vor eine solche Wahl stellen, um zu überleben (vgl. Chenoweth & Hakim 2016). Das Problem ist also ihr Leid, ihre Angst, ihre Unsicherheit und zwar in den Herkunftsländern, auf der Flucht, in den Lagern, in den Ankunftsändern und auch bei erzwungener Rückkehr. Solches Leid gilt es frühzeitig wahrzunehmen, zu lindern und vorzubeugen – im Fall von Geflüchteten im ersten Schritt durch humanitäre Hilfe, die Flucht und ein Überleben ermöglicht und im zweiten Schritt durch die Eröffnung von Perspektiven, die aus der Reduktion auf ein „Flüchtlingsleben“ wieder herausführen. Ob außerhalb, innerhalb oder an den Grenzen der Europäischen Union – immer geht es um die Einrichtung sicherer Fluchtwege, um materielle Versorgung und eine situationsangemessene Aufnahme, die den Grundbedürfnissen nach Überleben, Wohlergehen, Bildung, Arbeit, Wohnen und Teilhabe an Gemeinschaft und Gesellschaft entspricht. Um zu wissen, was Geflüchtete darüber hinaus existenziell brauchen, muss man sie anhören und ihre Lage verstehen. Lange Wartezeiten, die Angst vor Behörden, die Sorge um zurückgebliebene Familienmitglieder, Sprachbarrieren, eine fremde Umgebung und die Scham, Hilfe anzunehmen, erschweren oft eine Ver-

ständig. Daher ist eine menschliche Begleitung in Form von Lotsen, Paten oder Mentoren erforderlich.

Vorbeugung ist auch deshalb der Kern einer friedensorientierten Politik, weil es nach allen Erfahrungen mit jedem Schritt zur Gewalt schwieriger wird, die Situation zu beeinflussen. Nun ist das enorme Ausmaß an Gewalt und Gewaltpotentialen kaum begreifbar. Aber es muss nicht erdrückend sein. Die Möglichkeiten eines Außenministers sind andere als die eines Bürgermeisters, die eines Lehrers oder einer Unternehmerin andere als eines Schülers. Humanitäre Arbeit und Gewaltprävention sind differenziert und auf Arbeitsteilung angewiesen. Jeder Akteur ist auf eigene Weise gefordert. Die Akteure ergänzen sich dann, wenn sie das Prinzip der Gewaltprävention einhalten; sie behindern sich und erschweren die Arbeit, wenn sie nicht in der Lage sind, sich daran zu halten.

Friedensbildung stärkt daher die Fähigkeiten, sich am Prinzip der Gewaltprävention zu orientieren und in konkreten Situationen daran mitzuwirken.

3.2. Wie entsteht das Problem? Das Prinzip der Konflikttransformation

Aus friedenslogischer Sicht entsteht Gewalt nicht aus einem Bösen an sich. Sie entsteht in Konfliktkonstellationen, in denen zumindest ein Akteur versucht, die eigenen Interessen ungeachtet der Interessen anderer durchzusetzen. In der Regel handelt es sich um komplexe Konstellationen mit mehreren Akteuren und vielfältigen zunächst unvereinbaren Interessen. Die Parteien handeln und reagieren aufeinander, aber nach einer Weile reagieren sie vor allem auf sich selbst. Sie können Aufrüstungsprozesse, Drohungen und Sanktionen nicht beenden, weil so viele heimische Interessen damit verbunden sind. Das Verhalten wird autistisch und mehr und mehr unabhängig von dem, was die andere Konfliktpartei tut. Die Wahrscheinlichkeit für einen friedlichen Ausgang ist dann nicht nur deshalb gering, weil die Parteien sich wechselseitig „verteufeln“ oder beschuldigen, sondern auch, weil sie in den Zwängen ihrer eigenen Gruppe gefangen sind.

Wenn man erkennt, dass Gewalt aus einer Konfliktkonstellation entsteht, muss man diese Ursprünge aufklären, den Konflikt deeskalieren und die Beteiligten ermutigen, ihr Verhalten, ihre Haltungen und ihre Zielsetzungen weniger konfrontativ und für die andere Seite annehmbarer zu gestalten. Diese Veränderung wird mit dem Begriff Konflikttransformation

bezeichnet. Es geht um die Veränderung von Beziehungen zwischen Konfliktbeteiligten dahingehend, dass diese Beziehungen weniger gewalttätig werden. Das kann geschehen, indem Lösungen für Konflikte gefunden werden oder, sofern dies nicht oder noch nicht möglich ist, indem Regelungen für konstruktiven Konfliktaustrag ohne physische Gewalt verabredet und eingehalten werden.

Niemand wird einen Akteur positiv beeinflussen, solange er diesen als Außenseiter oder gar Dämon betrachtet. Auch wenn es unstrittig sein mag, dass es viele Bösewichte, Schurken und Verbrecher gibt, im friedenslogischen Denken ergibt eine projektive Sichtweise keinen Sinn. Um davon abzukommen, hilft die Unterscheidung zwischen der negativ bewerteten Tat und dem Täter, der ungeachtet seiner Tat ein Mensch bleibt. Diese Unterscheidung ist auch deshalb notwendig, weil der Täter zumindest am Ende doch meist als Mitwirkender eines Friedensprozesses gebraucht wird. Auch ist in der Regel die Erwartung unrealistisch, ausgerechnet ein als Bösewicht eingestuftes Akteur werde den ersten Schritt zur Veränderung tun. Ob es sich um Fluchtursachen oder den Ukraine-Konflikt oder den Krieg in Syrien handelt – die anfangs meist geringen Aussichten bereits verhärtete Konfliktkonstellationen friedensstiftend zu beeinflussen, steigen mit der Bearbeitung der Eigenbeteiligung. Im Fall der Ukraine gehört dazu auf westlicher Seite sicherlich die Demütigung Russlands, im Fall von Syrien die frühzeitige Parteinahme gegen Assad, im Nahen Osten das Geschäft mit Waffen, in Afrika die Aufrechterhaltung ungerechter Handelsbeziehungen und in Deutschland die stetige Bestätigung von Fremdenfeindlichkeit in einem Diskurs über Geflüchtete, der auf ihre Abwehr gerichtet ist.

Auch wenn im Einzelfall die Eigen-Beteiligung gering sein mag, bildet sie den wichtigsten Ansatzpunkt, um die Prozesse der Konflikttransformation auszulösen. Meist handelt es sich um einen langfristigen Prozess, der unmittelbar beginnen kann, der aber einen langen Atem und ein Ineingreifen vieler Transformationsketten erforderlich macht, um tatsächlich eine friedensstiftende Wirkung zu erzielen.

In privaten Zusammenhängen ist eine solche selbstkritische Haltung nahezu selbstverständlich. In politischen Zusammenhängen bedeutet sie jedoch immer einen großen Schritt, der von vielen innen- und bündnispolitischen Faktoren abhängig ist. Friedenspolitik ist daher niemals nur Außenpolitik. Sie verlangt auch innenpolitisch eine überzeugende Arbeit. Wenn eine Regierung Rüstungsexporte beschränken will, muss sie dafür Gesetze machen und durch ein Parlament bringen. Sollte eine Regierung begreifen,

dass man mit dem Export von Hähnchenfleisch vielen Menschen in Afrika die Lebensgrundlagen entzieht, dass der Klimawandel zu Missernten führt, dass Militärinterventionen in der Regel die Lage verschlimmern, sollte eine Regierung begreifen, dass Menschen, die ausgegrenzt werden, sich häufig in Gewaltphantasien flüchten, dann muss sie zuallererst die heimischen Konsumenten und den Handel und die sozialen Institutionen in der eigenen Gesellschaft für friedensstiftende Veränderungen gewinnen und sie dazu ermutigen.

Für Friedensbildung ergibt sich aus diesem Prinzip die Anforderung, die Fähigkeiten zu stärken, Konfliktkonstellationen zu verstehen sowie die Mitverantwortung der eigenen Seite zu bedenken, die Korrektur der eigenen Haltung zu kommunizieren und sie zum Ausgangspunkt eines Friedensprozesses zu machen.

3.3. Was sind angemessene Mittel? Das Prinzip der Dialogverträglichkeit

Die Charta der Vereinten Nationen (VN) verpflichtet mit Artikel 33 des Kapitels „Die friedliche Beilegung von Streitigkeiten“ die Staaten, Streitigkeiten durch Verhandlung, Untersuchung, Vermittlung, Vergleich, Schiedsspruch, gerichtliche Entscheidung, Inanspruchnahme regionaler Einrichtungen oder Abmachungen oder durch andere friedliche Mittel eigener Wahl beizulegen. Diese offene Formulierung „andere friedliche Mittel eigener Wahl“ hat sich als zukunftsorientiert erwiesen. Bis in die 1990er Jahre hatten nur wenige Akteure von Artikel 33 auch nur Notiz genommen, obwohl die VN bereits eine breite Praxis der friedlichen Streitbeilegung entwickelt hatten. Seit den frühen 1990er Jahren sind in der Ausdifferenzierung der genannten Mittel deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Verfasser der VN-Charta, dachten noch vor allem an die Tätigkeit von Diplomaten. Heute weiß man darum, wie wichtig die Beteiligung von vielen Menschen, Gruppen und Organisationen der Zivilgesellschaft und die Zusammenarbeit zwischen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren ist.

Die politische Diskussion um die Weiterentwicklung der Instrumente zur friedlichen Streitbeilegung und die Rolle zivilgesellschaftlichen Engagements kam in Friedensforschung und Politik erst in Gang, als der Ost-West-Konflikt zu Ende ging. Kaum jemand in Politik und Zivilgesellschaft wusste Ende der 1980er / Anfang der 1990er Jahre, was sich hinter dem Stichwort „Zivile Konfliktbearbeitung“ verbirgt. Man probierte,

machte Erfahrungen, erzählte, schrieb sie auf, teilte sie mit anderen und suchte nach Gelegenheiten, die neuen Instrumente anzuwenden. Wie nie zuvor wurde über Versöhnung, Verhandlung, Vermittlung, Tatsachenermittlung, Beobachtung und Begleitung von Aktivisten und ein breites Spektrum anderer Formen von zivilem Peacekeeping diskutiert. Auch die Diplomatie nutzt seitdem in vielen Fällen diese neuen Ansätze. Sie gewährt auch stärker als zuvor einen Blick hinter die Kulissen und sucht die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Akteuren. Junge Menschen ließen sich ausbilden, der zivile Friedensdienst und viele andere Einrichtungen entstanden. Auch in den Schulen wurden Streitschlichter zur Lösung von Schulkonflikten ausgebildet. Viele diese Aktivitäten wurden wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Es gibt also einen breiten Schatz an Erfahrungen, und wer Politik in Berlin berät, kann davon wissen.

Auf diese Weise sind eine Reihe von Techniken der Konfliktbearbeitung und des Krisenmanagements in den letzten 30 Jahren entwickelt worden. Einige Kollegen sprechen sogar von einer Toolbox. Nicht alle Instrumente in diesem Werkzeugkasten sind jedoch tatsächlich friedensförderlich. Um zu wissen, ob ein Mittel geeignet ist, muss man prüfen, was sein Einsatz im konkreten Fall mit den Beziehungen zwischen den Kontrahenten eines Konfliktes und innerhalb der Gruppe der Kontrahenten macht. Das wird häufig vergessen, wenn für Zwangsmittel plädiert wird. Sie üben Druck auf einen Akteur aus, dieses oder jenes zu tun oder zu lassen. Aber es kann sein, dass durch diesen Druck ein Schaden für die Beziehung entsteht, der nur sehr schwer zu heilen ist. Generell ist darauf zu achten, dass die Mittel der Problembearbeitung sich nicht gegen eine Konfliktpartei richten. Das geeignete Kriterium, um über die Angemessenheit zu entscheiden, ist das Prinzip der Dialogverträglichkeit. Zwangsmittel sind selten dialogverträglich.

In der Friedens- und Konfliktforschung wird die Kombinierbarkeit von Druck durch Sanktionen und Drohungen einerseits und die Einladung zur Entspannung und zum Gespräch gegenwärtig unterschiedlich bewertet. Vor dem Hintergrund von theoretischen Überlegungen und meinen Erfahrungen vor allem in Russland komme ich zu dem Ergebnis, dass Sanktionen ein Mittel sind, um nach einer Provokation den Eintritt in eine militärische Reaktion zu vermeiden, dass Sanktionen jedoch nicht Frieden zur Folge haben, sondern Friedensprozesse erschweren. Sanktionen vergrößern die Distanz zwischen Konfliktparteien, verringern Kreativität sowie die Bereitschaft zum offenen Austausch und zur Auflösung von Blockaden und Selbstblockaden. Kooperative Problemlösung *mit* breiter Beteili-

gung von Betroffenen, die ihre Kompetenz einbringen, an den Problemlösungen ein Interesse entwickeln und für ihre Einhaltung sorgen, wird im Fall von Sanktionen unwahrscheinlich.

Da Konflikte gewöhnlich tief in den politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Strukturen verankert sind, geht es meist um einen langwierigen Prozess. Jede Konstellation braucht einen ihr angemessenen Ansatz, durch den es den Konfliktparteien möglich wird, sich für die Interessen der anderen Seite zu öffnen, kurz- oder auch langfristige Projekte zu koordinieren oder auch Spezialprobleme im Detail auszuhandeln. Formate sind zum Beispiel Konferenzen, Runde Tische, Verhandlungen, Mediationen, im Alltag der Nachbarin zuhören und mit ihr sprechen. Die Dialog- und Kooperationsformate unterscheiden sich auf den Konfliktebenen. Mal geht es um Verhandlungen zur Finanzierung des Flüchtlingswerks der VN, mal um die Unterstützung des zivilen Konfliktaustrags im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit, in der Ukraine und in Syrien geht es um Vermittlung zwischen Parteien, in Lateinamerika häufig um die Begleitung von Menschenrechtsanwälten, in den meisten Fällen um Beobachtung und Tatsachenermittlung. Immer aber sind offene Formate notwendig, die durch das Nadelöhr Dialog führen. Dialog in Konfliktsituationen ist kein „Gequatsche“, sondern harte Arbeit und zumindest am Beginn alles andere als ein Vergnügen. Meist braucht der Anfang Selbstüberwindung und wird nur mit Humor erträglich. Bei allen dialogischen Verfahren geht es darum herauszufinden, was kontrovers ist, welche Interessen und Bedürfnisse im Spiel sind, was der Hintergrund ist, und um Vertrauensbildung. Das ist auch eine Geduldsprobe. Nur Zerstörung geht schnell.

Für die Friedensbildung besteht eine Aufgabe folglich darin, die Fähigkeit zum Dialog, zur Unterstützung von dialogverträglichen Prozessen und zum Durchhalten trotz ständiger Frustrationen zu stärken und in den jeweiligen Handlungsbereichen zu praktizieren.

3.4. Welche Ethik gilt? Das Prinzip der Interessenentwicklung

Friedenslogisches Handeln orientiert sich an universalen Normen und überprüft das eigene Handeln vor dem Hintergrund von Grundsätzen, die für alle gelten. Zu ihnen gehören das internationale Recht, die Menschenrechtskonventionen, aber auch globale Abkommen wie das zur nachhaltigen Entwicklung. Zu ihnen gehören ebenfalls ethische Grundsätze, die kulturübergreifend gültig sind, auch wenn sie jeweils etwas anders formu-

liert werden. Das gilt insbesondere für die Regel der Gegenseitigkeit. Im deutschen Sprichwort heißt sie: Was du nicht willst, das man Dir tu, das füg auch keinem anderen zu. Mit Kant formuliert: Kannst du wollen, dass andere Staaten Atomwaffen haben, in deiner Nähe stationieren und sie modernisieren? Kannst du wollen, dass Länder wie Tansania, Jordanien oder Jemen dem europäischen Weg der Flüchtlingsabwehr folgen? Niemand wird diese Fragen ernsthaft mit „Ja“ beantworten – es sei denn, er lässt die Regel der Gegenseitigkeit außer Acht.

In allen Staaten und Gesellschaften liegt zwischen universalen Normen und der tatsächlichen Praxis eine Kluft. Das ist einer der Gründe dafür, warum universelle Normen häufig als idealistisch oder als realitätsfern bezeichnet werden. Aber das ist voreilig und entspricht nicht dem Wirkungspotential von Normen. Es entfaltet sich dann, wenn die Aufgabe damit verbunden wird, die Praxis und die ihr zugrundeliegenden Interessen so weiter zu entwickeln, dass sie globalen ethischen Grundsätzen besser genügen.

Im friedenslogischen Denken sind partikulare Interessen nicht grundsätzlich negativ. Sie enthalten in den meisten Fällen zumindest einige legitime Elemente. Die Art und Weise, wie die Interessen oft vertreten werden, wird jedoch illegitim, wenn dadurch das Leben anderer Menschen beeinträchtigt wird. Die Interessen müssen selbst in einem solchen Fall nicht verworfen werden. Sie müssen jedoch so verändert werden, dass die Interessen anderer nicht verletzt werden. Der Friedensforscher Johan Galtung nennt diese Anpassung Legitimierungsarbeit (vgl. Galtung 2010). Sich auf einen solchen Weg zu machen, auf dem Interessen friedensverträglich weiterentwickelt werden, ist keine moralische Überforderung und vielfach im Alltagsleben erprobt.

- Wenn ein Mieter gerne Klavier spielt, ist das vielleicht legitim, vielleicht sogar schön; wenn er das allerdings nachts macht, verstößt er damit wahrscheinlich gegen die Hausregeln und vor allem gegen das Schlafbedürfnis aller anderen. Er tut gut daran, von Wohnung zu Wohnung zu gehen und zu erkunden, wann stört mein Spiel die anderen nicht, wann macht es ihnen sogar Freude.
- Ein in der Wirtschaftspolitik gut erforschtes Beispiel ist die Konversion von militärischen Liegenschaften und Rüstungsproduktion. Das Interesse daran, viel Geld zu verdienen, einer qualifizierten Arbeit nachzugehen und für Beschäftigung in der Region zu sorgen, wird nicht in Frage gestellt. Staatliche Unterstützung kann helfen, den Betrieb auf

eine Produktion umzustellen, die keinen Schaden anrichtet oder sogar einen allgemeinen Nutzen stiftet.

- Auch das Interesse an einem Zustand der Sicherheit ist legitim. Aber nicht alle Mittel, dieses Interesse zu verfolgen, sind gerechtfertigt. Um rechtmäßig zu werden, müssen die Interessen aller anderen bedacht werden, wenn an die eigene Sicherheit gedacht wird. Die Friedenspflicht endet daher nicht, wenn eigene Interessen gestört werden. Vielmehr sind die Interessen und die Art und Weise, wie sie verfolgt werden, so zu korrigieren, dass sie kooperative Beziehungen nicht gefährden, sondern ermöglichen.
- Dass eine Entwicklung sicherheitspolitischer Interessen in diesem Sinne möglich ist, ist ebenfalls aus der Erfahrung bekannt. Als der Ost-West-Konflikt zu Ende geht, waren viele überrascht, wie relativ friedlich das geschehen konnte. Es war gelungen, die Eskalationsdynamik der atomaren Abschreckung zu bremsen, weil sich in der Praxis der west-östlichen Politik Haltungen entwickelt und verbreitet hatten, die auf Entspannung, auf verstärkten Austausch und das Konzept der Gemeinsamen Sicherheit setzten. Es beruhte auf Überlegungen, die 1982 in der von den VN eingesetzten Palme-Kommission vorgelegt worden waren. Das Konzept verwarf die Idee, ein Zustand der Sicherheit könne im Atomzeitalter gegeneinander erreicht werden. Daher propagierte es friedenslogisch die Beziehungen zwischen den Parteien so zu entwickeln, dass beide Seiten voreinander sicher sein und einander Sicherheit geben können. Man kann auch heute bei der Entwicklung einer global verträglichen, also friedenslogischen Sicherheitspolitik an viele dieser Überlegungen anknüpfen.

Jede Interessenentwicklung erfordert Beharrlichkeit. Sie beginnt mit der Einsicht, dass eine Anpassung von Interessen und Normen gewünscht und möglich ist. Es folgt eine Klärung der Interessen, ihrer Hintergründe und ihres wesentlichen Kerns. Das Interesse wird dann ein anderes: Sicherheit durch Abrüstung statt durch Drohungen, Entwicklung von fairen Handelsbeziehungen statt Ausbeutung, Entwicklungsarbeit mit Geflüchteten statt Missachtung ihrer Fähigkeiten, usw.

Friedenslogik widerspricht mit diesem Handlungsprinzip der Annahme, die beste und effektivste Art und Weise, seine eigenen Interessen zu schützen, sei die, die eigenen Interessen über die Interessen und Bedürfnisse aller anderen zu stellen; vielmehr geht es darum, sie mit den Interessen und

Bedürfnissen aller anderen in Einklang zu bringen, also globalverträglich machen.

Für Friedensbildung folgen daraus als Lernziele, die Fähigkeiten zu stärken, eigene Interessen an allgemein geltenden Normen zu prüfen, weiter zu entwickeln und an der Umsetzung mitzuwirken. Dazu muss man die Normen kennen, die eigenen Interessen und die aller anderen artikulieren, hören und verstehen können, Verfahren zur Interessenprüfung routiniert anwenden können, etwas über die Erfahrungen wissen und gelungene Beispiele kennen, die Vorbilder werden können.

3.5. Welche Reaktionen erfolgen im Fall von Misserfolg? Das Prinzip der Reflexivität

Auch der Versuch, Frieden zu stiften, kann scheitern. Niemand kann im Voraus alle Auswirkungen seiner Entscheidungen und seines Handelns kennen. Friedensstiftende Entscheidungen müssen daher fehlerfreundlich sein. Die Einhaltung des Prinzips der Reflexivität hilft, Fehleinschätzungen aufzuspüren, entstandenen Schaden zu heilen und zu korrigieren. Dazu müssen sie reversibel sein. Tötende Gewalt ist das nie. Auch deshalb empfehlen sich kleine Schritte in großer Perspektive. Friedenslogisches Handeln organisiert sich daher Kritik, institutionalisiert offene und unvoreingenommene Konsultationen, um Fehler aufzuspüren, zu korrigieren und ihre Folgen auf der Basis von Erfahrungen zu heilen und um unvorhergesehene oder neue Aspekte aufzugreifen. Für entwicklungspolitische Projekte wurde der „Do-No-Harm-Ansatz“ entwickelt (Andersen 2004). Mit ihm wird versucht, die positiven, aber auch die negativen Auswirkungen des eigenen Handelns auf die Konfliktentwicklung im Empfängerland zu reflektieren. Solche Reflexionen sind in der Sicherheitspolitik und ebenso in der Menschenrechtspolitik noch wenig üblich.

Das Prinzip ist auch im Rahmen der Friedensbildung anwendbar. Ich berichte über einen Fall aus meiner eigenen Erfahrung in der Begegnungsarbeit mit Geflüchteten, das die Politische Bildung betrifft. Ich gebe seit einiger Zeit im Rahmen einer „Schule ohne Grenzen“ Geflüchteten, die keinen regulären Zugang zu Integrationskursen haben, Deutschunterricht. Eine junge, aus Afghanistan geflohene Biologielehrerin ohne geklärten Aufenthaltsstatus stellte fest, dass die Deutschen keine Ahnung von Afghanistan haben. Da konnte ich ihr nur zustimmen. Sie wollte deswegen versuchen, in deutscher Sprache einen Vortrag über Afghanistan zu halten.

Meine Kollegen und ich waren von dem Vorschlag begeistert, schien er doch die Partizipation einer geflüchteten Frau zu ermöglichen. Aus meiner Sicht war das auch eine hervorragende Idee, um zu demonstrieren, mit welchen Kenntnissen eine geflüchtete Frau die deutsche Sicht anreichern kann. Wir kündigten den Vortrag unter dem Titel „Mein Afghanistan“ an. Die Veranstaltung war mit etwa 40 Teilnehmern gut besucht. Diese hatten hohe Erwartungen an die Insiderin. Sie zeigte uns nun Landschaftsbilder sowie Tempel- und Burganlagen. Auf Nachfrage stellte sich heraus, dass sie all das nie mit eigenen Augen gesehen hatte. Alle Bilder waren gegoogelt und nahezu menschenleer. Anders als die meisten Anwesenden, wusste ich, dass viele Mitglieder ihrer Familie getötet worden waren. Das Publikum darüber zu informieren, schien mir ausgeschlossen. Mein Hintergrundwissen half mir immerhin nach einigen irritierenden Momenten schließlich zu verstehen, warum sie uns zunächst kein einziges Bild ihrer Heimstadt Herat zeigen wollte. Auf die Frage nach den Unterschieden zwischen Deutschland und Afghanistan meinte sie, in Deutschland haben alle Menschen Sorgen, in Afghanistan haben die Menschen, auch wenn sie arm sind, immer glückliche Gesichter. Die meisten Anwesenden trauten ihren Ohren nicht.

Als Abend zur politischen Bildung über Afghanistan aus erster Hand, war die Veranstaltung misslungen. Aber dennoch konnte ich an diesem Abend Neues erfahren und aus der anschließenden Reflexion lernen, in welches Spannungsverhältnis Geflüchtete in Deutschland geraten. Sie haben ihr Herkunftsland mit allem, was ihnen lieb war und mit den vielen Menschen, zu denen sie enge Bindungen hatten, aus guten Gründen verlassen. Sie kommen in einer Gesellschaft an, die dieses Land nur über schreckliche Fernsehbilder kennt, also gar keine Ahnung davon haben kann, wer und was auf so bittere Weise zurückgelassen werden musste. Viele Geflüchtete haben sehr großes Heimweh. Sie kennen Deutschland im Wesentlichen von Behördengängen. Um hier bleiben zu können, müssen die Geflüchteten von allem erlebten Schrecken erzählen. Eine Form der Verarbeitung von Schrecken aber ist, dass man sie nicht erzählt und sie durch andere Bilder überschreibt, in diesem Fall durch ein Bild von dem Herkunftsland, dass mit den Lebensverhältnissen in der Gegenwart, die zur Flucht treiben, wenig zu tun hat. Zu tun hat dieses Bild aber mit der Sehnsucht. Darum hat die Afghanin um Verständnis geworben. In den Schulklassen sitzen jetzt viele kleine Afghanen und Afghaninnen, und Lehrer müssen mit Situation umgehen, in denen Schreckensbilder aus dem Fernsehen, mit geschönten Phantasiebildern derjenigen zusammentreffen,

die den Schrecken am eigenen Leib erfahren haben und die diese Bilder brauchen, um den Schrecken zu verarbeiten. Ich fürchte, auch in der Friedenspädagogik hat man noch keine gesicherte Antwort auf die Frage, wie auf solche Situation achtsam reagiert werden kann.

4. Ermutigung zum friedenslogischen Denken und Handeln

Was kann in der Welt, in Deutschland, in der Stadt geschehen, damit der Begriff Frieden und das erarbeitete Grundwissen immer stärker handlungsleitend wird? Wie kann eine Praxis entwickelt werden, die den fünf friedenslogischen Handlungsprinzipien – Gewaltprävention, Konflikttransformation, Dialogverträglichkeit, globalverträgliche Interessensentwicklung und reflexives Lernen – besser entspricht als die gegenwärtige Praxis? Welche Rolle kann Friedensbildung spielen?

Von Kant wissen wir, der Frieden muss gestiftet werden. Heute wissen wir auch: Friedensstiftung muss erstritten werden, konstruktiv, aber im Konflikt. Es gibt mächtige Gegenkräfte. Dazu gehört auf wirtschaftlicher Ebene die „Sicherheitsindustrie“. Das Hamburger Institut für Weltwirtschaft empfiehlt in einer aktuellen Studie ganz ungeniert, in diesen Sektor zu investieren, und es prognostiziert auf Jahre hinaus große Gewinne. Zu den Gegenkräften gehören auf außenpolitischer Ebene die überragende Bedeutung der sog. „Bündnistreue“ und die Schwierigkeiten, außenpolitische Partner für ein friedenslogisches Konzept zu gewinnen. Drittens haben wir es mit Gegenkräften auf innenpolitischer Ebene zu tun. Sie bedienen eine breite Angstbasis in der Bevölkerung, stützen sich auf diese Angstbasis und schüren sie. Der Wiener Theologe Paul Zulehner hat daher sehr treffend formuliert: Die große Zumutung unserer Zeit heiße „Entängstigt Euch!“ Ich würde ergänzen: Ermutigt einander zum friedenslogischen Denken und Handeln.

Gibt es dafür Vorbilder, Anregungen dazu? Ich komme abschließend auf die genannten Beispiele aus der Astronomie zurück und zitiere eine Szene aus dem Stück von Brecht über das Leben des Galilei, in dem es um Verantwortung von Wissenschaftlern geht. In diesem Stück gibt es ein Gespräch zwischen Galilei und einem kleinen Mönch. Dieser Mönch ist als Sohn armer Bauern aufgewachsen. Er sieht sich in einer Doppelrolle. Als Priester ist er den kleinen Leuten verpflichtet, als Astronom hat er einen Blick ins Weltall gewagt. Er überlegt nun, was das neue, kopernikanische Paradigma für seine einfachen Leute „mit den abgearbeiteten Händen“ be-

deutet und erkennt: Das neue Paradigma stellt die Ordnung in Frage, die seinen Leuten hilft, ihr Leben zu ertragen. Es sei ihnen versichert worden, sagt der Mönch, „dass das ganze Weltentheater um sie aufgebaut ist, damit sie, die Agierenden, in ihren großen oder kleinen Rollen sich bewähren können“. Und er fragt: „Was würden meine Leute sagen, wenn sie von mir erführen, dass sie sich auf einem kleinen Sternklumpen befinden, der sich unaufhörlich drehend im leeren Raum um ein anderes Gestirn bewegt, einer unter sehr vielen, ein ziemlich unbedeutender!... ich sehe, wie sie sich verraten und betrogen fühlen.“

Diese Passage erinnert mich daran, dass die Verbreitung einer friedenslogischen Haltung nicht allein eine Frage der Erkenntnis ist. Vielmehr kommt es an konkreten Orten darauf an, zu zeigen, wo der Sinn für die Leute „mit den abgearbeiteten Händen“ liegen könnte, und wie sie auch ihr eigenes Leben mit diesem Konzept besser gestalten können. Wie können sie ermutigt werden, friedenslogisch zu denken? Vielleicht hilft es, wenn wir uns selber fragen, was könnte mich und dich ermutigen, friedenslogischer zu denken, zu reden und zu handeln? Die Astronomen hatten ein ähnliches Problem. Aber im 18. und 19. Jahrhundert gelang es, insbesondere an den Gymnasien, Schulsternwarten einzurichten, mit kleinen Beobachtungskuppeln auf den Dächern. Sie dienten für Unterrichtszwecke aber auch der Lehrerfortbildung. Vermutlich haben sie dazu beigetragen, das neuzeitliche Weltbild zu verbreiten und die Angst vor den Folgen zu dämpfen. Aus dieser Erfahrung leite ich den Vorschlag ab, die Lernenden auf dem Weg zur Friedensliebe an der Erforschung der Wege zum Frieden teilhaben zu lassen und sie mit den Instrumenten auszustatten, mit denen man Frieden auch finden kann wie einen neuen Stern.

5. Literatur

Anderson, Mary B. (2004): Experiences with Impact Assessment: Can we know what Good we do? In: Alex Austin et al. (Hg.): *Transforming Ethnopolitical Conflict. The Berghof Handbook*. Wiesbaden: VS Verlag, S. 193-207.

Chenoweth, Erica & Hakim Young (2016): Seeing Flight as a Non-violent Option: One Way to Change the Discourse about the World's 60 Million Refugees. In: *Political Violence at a Glance*. Verfügbar unter <http://blogs.prio.org/2016/02/seeing-flight-as-a-non-violent-option-one-way-to-change-the-discourse-about-the-worlds-60-million-refugees/posted>, letzter Aufruf am 4.12.2016.

Galtung, Johan (2010): *A theory of conflict*. Oslo: Transcend University Press.

Hanne-Margret Birckenbach

- Plattform Zivile Konfliktbearbeitung (2014): Friedenslogik statt Sicherheitslogik. Theoretische Grundlagen und friedenspolitische Realisierung. In: *Wissenschaft und Frieden – Dossier 75*.
- Senghaas, Dieter (1995): Frieden als Zivilisierungsprozeß. In: Senghaas, Dieter (Hg.): *Den Frieden denken – Si vis pacem, para pacem*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 196–223.
- Senghaas, Dieter & Senghaas, Eva (1992): Si vis pacem para pacem. In: *Leviathan 2*, S. 230-251.
- Zulehner, Paul M. (2016): *Entängstigt euch! – Die Flüchtlinge und das christliche Abendland*. Ostfildern: Patmos.